

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **10.01.2017**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 vom 29.11.2016**
- 4. Vorstellung eines 1. Entwurfes zum Haushaltsplan 2017
Vorlage: 193/2016**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Frank Behrens
Ratsherr Frank David
Ratsherr Oliver Kohls
Ratsherr Thomas Ney

Vertreter/in

2. stellv. Bürgermeisterin Ruth Bohlke	Vertretung für Herrn Beigeordneter Achim Rutz
Beigeordnete Kirstin Pöppelmeier	Vertretung für Herrn Ratsherr Christian Fiedler

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Bilanzbuchhalterin Petra Salz

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Isabel Bruns, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

--

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 vom 29.11.2016**

Die Ausschussvorsitzende stellte fest, dass unter Tagesordnungspunkt 5 Absatz 2 – Gebühren Parkplatz Bahnhof Sande - eine Korrektur notwendig ist.

Dort muss es heißen

„Die Maßnahme wurde bereits aus Steuermitteln finanziert und von daher sollte auf eine erneute **Gebührenerhebung** zum jetzigen Zeitpunkt

verzichtet werden.“

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderung wurde die Fassung der Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis:6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

4. Vorstellung eines 1. Entwurfes zum Haushaltsplan 2017
Vorlage: 193/2016

Die Verwaltung erläuterte zunächst anhand der zu Sitzungsbeginn ausgehändigten Unterlagen einige erfassungsbedingt notwendige Korrekturen im Investitionsprogramm, die Bestandteil des 1. Haushaltsentwurfes sind. Die Unterlagen werden dem Protokoll beigelegt.

Der 1. Entwurf zum Etat 2017 mit Anlagen wurde in erster Lesung mittels einer PowerPoint Präsentation dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften vorgestellt. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 schließt im Ergebnishaushalt trotz ordentlicher Erträge in Höhe von 15.593.100 €, ordentlicher Aufwendungen in Höhe von 15.781.900 € und außerordentlichen Erträgen in Höhe von 21.900 € mit einem Defizit in Höhe von 166.900 € ab. Der Plan basiert auf den Planzahlen aus den Fachbereichen, Empfehlungen der Fachausschüsse sowie den Orientierungsdaten des Landes Niedersachsen. Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Fehlbedarfes in Höhe von 166.900 € ergibt sich ein fortgeschriebenes Jahresergebnis in Höhe von 1,85 Mio. €. Für das Jahr 2018 würde das fortgeschriebene Jahresergebnis unter Berücksichtigung der vorhandenen Zahlen in der Spitze 1,93 Mio. € betragen. Erst für die Jahre 2019 und 2020 wäre ein ausgeglichener Haushalt möglich. Der hier ausgewiesene Überschuss ist jedoch zu gering, um von einer soliden Haushaltssituation sprechen zu können. Kleinste Veränderungen z.B. am Zinsmarkt würden das dargestellte Zahlenwerk bereits zunichtemachen.

Bei den Erträgen aus Gewerbesteuer und der Grundsteuern A und B beträgt der Hebesatz 450 %, die letzte Hebesatzänderung basiert auf dem Stichtag 01.01.2016. Die Gemeinde Sande nimmt damit im Landkreis Friesland den Spitzenplatz ein. Die Einnahmen aus Gewerbesteuer wurden mit 4,3 Mio. € angesetzt. Grundlage für die Kalkulation ist das Jahr 2015 mit 4 Mio. €. Für das Jahr 2016 fehlen noch die Steuermeßbescheide vieler Firmen.

Der Ertrag aus Schlüsselzuweisungen wird voraussichtlich bei 1,80 Mio. € liegen und fällt höher aus als 2015 mit 1,34 Mio. € und 2016 mit 1,74 Mio. €.

Die Gebühren bleiben im Wesentlichen konstant: Straßenreinigung seit 01.01.2015 mit 1,17 € pro lfd. Meter Grundstücksbreite, die Kanalbenutzungsgebühr von jährlich 2,22 € je qm Frischwasserverbrauch und die Oberflächenentwässerung in Cäciliengroden mit 0,0303 € je qm Grundstücksfläche.

Die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe betragen für Strom 241.000 € und für Gas 47.000 €.

Die Aufwendungen für Personal werden voraussichtlich mit 5.448.900 € zu Buche schlagen, darin sind die zusätzlichen Mittel für zwei Saisonkräfte Bauhof sowie zusätzlich 2 Kräfte in der Verwaltung entsprechend dem Ergebnis der Organisationsuntersuchung. Außerdem ist eine Tarifentwicklung in Höhe von 2,35 % ab Februar 2017 berücksichtigt.

Für Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen an den gemeindeeigenen Gebäuden wurde eine grobe Kostenschätzung in Höhe von 393.200 € vorgenommen. Berücksichtigt wurden dabei u.a. Kosten für den Brandschutz an den Schulen.

In der Position Straßenunterhaltung in Höhe von 270.000 € ist die Sanierung des „Mühlenweges“ mit 120.000 € veranschlagt. Die Sanierung des „Falkenweges“ ist im Entwurf nicht enthalten, da seitens des Bürgermeisters aufgrund der prekären Haushaltssituation vorgeschlagen wird, diese Maßnahme zu verschieben. Auf Nachfrage, ob die Frequentierung der Straßen bei der Entscheidung berücksichtigt wurde, den Mühlenweg im Gegensatz zum Falkenweg zu sanieren, erläutert die Verwaltung, dass es nicht auf die Häufigkeit der Nutzung ankommt, sondern dass es vielmehr um die Verkehrssicherheit bei der Entscheidung geht. Diese ist beim Mühlenweg nicht mehr gegeben, was dann zu einer Sperrung des Straßenabschnittes führen würde.

Die Zinsaufwendungen für Kredite betragen 234.800 €. Die Kreisumlage wurde mit 4,16 Mio. € bei einem Hebesatz von 52 % veranschlagt. Im Vorjahr waren es 4,09 Mio. €. Der Landkreis Friesland, der seit Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen kann, konnte jüngst einen namhaften Überschuss erwirtschaften und stellt deshalb Überlegungen an, wie die kreisangehörigen Gemeinden entlastet werden können. Die Entscheidung fällt im Rahmen des Etatbeschlusses des Kreistages Ende Januar 2017.

Für 2017 besteht aktuell keine Zahlungsverpflichtung einer Finanzausgleichsumlage jedoch ist eine Entschuldungsumlage in Höhe von 17.000 € zu leisten.

Der Ergebnishaushalt ist schwach und leistet keinen Beitrag zum Substanzerhalt.

Potenzial zur Verbesserung der Haushaltssituation wird in Kürzungen bei Leistungen ohne gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung (3%-Grenze) sowie Strukturveränderungen bei öffentlichen Einrichtungen gesehen.

Der Finanzhaushalt enthält ein Investitionsvolumen in Höhe von 4.658.400 €. Davon entfallen u.a. auf Baumaßnahmen 3,8 Mio. € und den Erwerb von Grundvermögen in Höhe von 520.000 €.

Wesentliche bauliche Investitionen sind die Sanierung der Kläranlage mit 1,05 Mio. € und die Rathaussanierung mit 800.000 €.

Das Investitionsprogramm enthält für 2017 u.a. die genannten Einzelmaßnahmen nach dem Stand der Fachausschussberatungen sowie die planmäßig zu veranschlagenden Teilsummen bereits laufender Baumaßnahmen. Die enthaltenen weiteren Einzelmaßnahmen und Beschaffungen sind noch in den Fraktionen und Gruppen zu beraten

Für Verpflichtungsermächtigungen wurde der Betrag in Höhe von 475.000 € veranschlagt. Es besteht nach aktueller Beschlusslage die Verpflichtung, die Fertigstellung der Erweiterung der Kindertagesstätte Neustadtgödens bis spätestens 01.08.2018 abzuschließen.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt durch Zuschüsse, Beiträge, Veräußerungen von Sachvermögen und der Kreditaufnahme.

Die Kreditermächtigung für das Jahr 2017 beträgt nach derzeitigem Stand 3.265.800 €. Bei einem Schuldenstand am Ende des Jahres in Höhe von 19.290.440 € würde unter Berücksichtigung von 9.053 Einwohnern die Prokopfverschuldung der Gemeinde Sande bei 2.131 € liegen. Der Landesdurchschnitt beträgt 718 €.

Rückstellungen wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen gebildet. Rücklagen konnten aufgrund der Fehlbeträge nicht gebildet werden.

Seitens der CDU-Fraktion wurde eingehend dafür geworben, die schlechten Haushaltszahlen umfassend zu bewerten, was in den letzten Jahren versäumt wurde und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um langfristig einen generationengerechten Haushalt zu entwickeln. Insbesondere die Gewerbesteuer könne dabei nicht als feste Einnahme berücksichtigt werden, wie die Vergangenheit gezeigt habe.

Die Fraktion der Grünen sah ebenfalls einen dringenden Handlungsbedarf und wies auf die sehr hohen freiwilligen Leistungen und auch den hohen Personalkostenschlüssel hin. Es wurde bedauert, dass Vorschläge der Opposition in der Vergangenheit nicht berücksichtigt wurden.

Seitens der SPD-Fraktion wurde darauf hingewiesen, dass die Haushaltsmisere auch insbesondere durch immer größere Anforderungen an die Kommune hervorgerufen werde, auf die diese keinen Einfluss habe und im Gegenzug ein entsprechender finanzieller Ausgleich nicht geleistet werde. Dies würde die Handlungsfreiheit der Kommunen wesentlich einschränken. Der Vorschlag, auch gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, um die Situation zu verbessern, wurde begrüßt.

Der Haushalt für 2017 wird zunächst in den Fraktionen/Gruppen beraten.

5. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

--

Schluss der Sitzung: 18:23 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin